

Regierungsratsbeschluss

vom 6. November 2007

Nr. 2007/1860

Staatsanwaltschaft: Konzept zur Optimierung der Organisationsstrukturen / Einsetzung einer Arbeitsgruppe

1. Erwägungen

Im Schlussbericht des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern (KPM) zur Organisationsüberprüfung der Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn wird – unter Bezugnahme auf die aufgezeigten Optimierungspotenziale – empfohlen, ein Konzept zur Optimierung der Staatsanwaltschaft vorzulegen. Dieses sollte evaluierbare Zwischen- und Endziele enthalten sowie auch die Projektorganisation, interne und externe Ressourcen und den Zeitplan aufzeigen.

Das Optimierungskonzept soll vom Regierungsrat genehmigt und dem Kantonsrat förmlich zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Aus grundsätzlichen Überlegungen (Frage der Aufsicht des Departementes über die Staatsanwaltschaft) und um sicherzustellen, dass die Resultate der Organisationsüberprüfung nahtlos in das Umsetzungskonzept einfliessen, soll das KPM mit der Leitung des Projektes beauftragt werden.

Hierzu steht dem KPM eine Arbeitsgruppe zur Seite. Dieser sollen drei Vertreter der Staatsanwaltschaft und zwei Vertreter des Bau- und Justizdepartementes angehören. Der Arbeitsgruppe ist es freigestellt, bei Bedarf weitere Personen, insbesondere aus der Geschäftsleitung der Staatsanwaltschaft, der Gerichte oder der Polizei fallweise beizuziehen. Das Sekretariat besorgt das Departementssekretariat.

Das Konzept zur Optimierung der Organisationsstrukturen der Staatsanwaltschaft soll dem Regierungsrat mit

- konkreten Massnahmen
- einem Umsetzungsplan sowie
- Aussagen über die dafür notwendigen Ressourcen

vor den Sommerferien 2008 vorgelegt werden.

Die externen Kosten für die Erarbeitung des Optimierungskonzepts basieren auf einer Offerte des KPM vom 23. Oktober 2007 und betragen 50'000 Franken. Es wird über das Globalbudget „Führungsunterstützung Bau- und Justizdepartement“ finanziert.

2. Beschluss

2.1 Das Projekt zur Optimierung der Organisationsstrukturen der Staatsanwaltschaft wird im Sinne der Erwägungen beschlossen.

2.2 Der zu bildenden Arbeitsgruppe gehören an:

- Prof. Dr. Andreas Lienhard, Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern (Qualitätssicherung, Bearbeitung ausgewählter Fragen)
- Fürsprecher Daniel Kettiger, Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern (Leitung)
- 1 Mitglied durch die Justizkommission des Kantonsrates bestimmt
- Alfons Lack, Departementssekretär Bau- und Justizdepartement (von Amtes wegen)
- Bernardo Albisetti, Departementscontroller Bau- und Justizdepartement (von Amtes wegen)
- Matthias Welter, Oberstaatsanwalt (von Amtes wegen)
- Sabine Husi, Stellvertreterin Oberstaatsanwalt (von Amtes wegen)
- Toni Blaser, Leitender Staatsanwalt (von Amtes wegen).

2.3 Der Bericht ist dem Regierungsrat spätestens vor den Sommerferien 2008 zu unterbreiten.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Bau- und Justizdepartement (2)

Staatsanwaltschaft (2)

Amt für Finanzen

Kantonale Finanzkontrolle

Personalamt

Mitglieder Arbeitsgruppe (8; Versand durch Bau- und Justizdepartement)

Aktuarin der Justizkommission

Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Schanzeneckstrasse 1, Postfach
8573, CH-3001 Bern